

Medienmitteilung

Vernehmlassung zum Integrationsgesetz: Rückfall in die überholte Assimilationspolitik?

Die Alternative Liste AL befürwortet grundsätzlich ein kantonales Integrationsgesetz. Aber beim vorliegenden Entwurf besteht grosser Nachbesserungsbedarf. - Leider fanden der Sache abträgliche Zwangselemente Eingang in den Entwurf. Je nach Ausgestaltung der Vorlage wird sich für die AL die Frage stellen, ob es nicht allenfalls besser ist, kein Integrationsgesetz zu haben, als eines mit einer solch starken Gewichtung von Zwangselementen.

Generell begrüsst die Alternative Liste, dass ein Integrationsgesetz im Kanton Zürich erarbeitet wird. Wir sind klar der Meinung, dass es für die Umsetzung und den Vollzug der Vorgaben des Ausländergesetzes (AuG) eine Ausführungsgesetzgebung braucht. In diesem Sinne reichte die AL eine parlamentarische Initiative ein, die Teil der Grundlagen für den vorliegenden Vernehmlassungsentwurf bildet.

Der nun vorliegende Entwurf ist zwiespältig, indem das Gesetz überholte Elemente einer gescheiterten Assimilationspolitik mit positiven Elementen einer aktuellen Integrationspolitik vermengt.

Positiv am Gesetzesentwurf ist ganz generell, dass es den Handlungsspielraum des Kantons ausfüllt. Es wird definiert, wer im Kanton für die Umsetzung der Integrationsmassnahmen zuständig ist, wie die Informationsvermittlung erfolgen soll und wer ein ausreichendes Angebot an Integrations- und Sprachkursen bereit zu stellen hat. Ebenfalls geklärt wird, wie diese Angebote finanziert werden sollen. Ausserdem werden Massnahmen gegen Formen von Diskriminierung formuliert.

Der Entwurf hat entscheidende Mängel. Da ist einmal ganz allgemein der Begriff von Integration zu nennen, der dem Gesetz zugrunde liegt: Integration wird hier weniger als ein Prozess verstanden, der auf der Basis von Freiwilligkeit und Vertrauen geschieht. Das Gesetz will eine Integrationspflicht für MigrantInnen stipulieren. Ausdruck davon sind die Integrationsvereinbarungen und die Androhung von Bussen, wenn diese nicht eingehalten werden. Die Alternative Liste lehnt die Zwangs- und Repressionselemente im Gesetzesentwurf entschieden ab.

Schliesslich muss negativ vermerkt werden, dass die momentane Vorlage stark aus der Perspektive der „Einheimischen“ geschrieben ist. Noch fehlt eine angemessene Berücksichtigung der Migrationsperspektive.

Die Vernehmlassung im Wortlaut: <http://www.kantonsrat.zh.ch/Aktuell.aspx>

Für Rückfragen:

Kaspar Bütikofer, Kantonsrat 079 796 14 63

